

# Verhandeln statt schießen Frieden schließen

Die Außenminister\*innen der G7-Staaten treffen sich am 3. und 4. November in Münster im Rathaus des Westfälischen Friedens. Themen des Gipfels werden der Krieg in der Ukraine und die Lieferung von Waffen und schwerem Kriegsgerät sein. Es droht eine neue Eskalationsstufe in einer Entwicklung, die mit der Nato-Osterweiterung begann, den Donbass-Krieg auslöste und schließlich zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine führte.

„Toleranz durch Dialog“ nannte Eduardo Chillida seine Skulptur. Seine Botschaft: Wer Frieden will, muss vom hohen Ross steigen, sich auf gleiche Höhe begeben und miteinander reden.

Der weltweite Aufrüstungswahnsinn erhöht die Gefahr eines dritten Weltkrieges, sogar eines Atomkrieges, und hilft der Ukraine nicht.

- Nur durch Verhandlungen kann ein Waffenstillstand erreicht werden.
- Nur Diplomatie kann das Töten beenden und einen lang anhaltenden Krieg verhindern.
- Nur ein Reden auf Augenhöhe und die Gewährung von Sicherheitsgarantien kann einem Gegner, der sich bedroht fühlt, die Angst nehmen und zu einem dauerhaften Frieden führen.

Das sind die Lehren des Westfälischen Friedens.

## Wir fordern:

- Waffenstillstand und Verhandlungen jetzt! Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete! Keine Kampfpanzer in die Ukraine!
- Eine Friedensarchitektur für Europa unter Einschluss Russlands und unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Ukraine
- Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch die Bundesregierung
- Keine weitere Aufrüstung, sondern Abrüstung! Das 2%-Ziel der Nato-Staaten muss fallen! Die G7-Staaten mit knapp 10 % der Weltbevölkerung geben heute schon mehr für Rüstung aus als alle anderen Staaten der Welt zusammen
- Umwidmung der extrem hohen Rüstungsausgaben zur Bekämpfung von Hunger, Armut und der Klimakatastrophe. Keinen Euro für Krieg und Zerstörung!
- Stopp der katastrophalen Wirtschafts- und Finanzblockaden, unter denen die Menschen weltweit leiden. Stattdessen vertrauensbildende Maßnahmen in allen Bereichen: Politik, Wirtschaft, Kultur

## Die Politik der G7 bringt keinen Frieden

Die Gruppe der Sieben (USA, Deutschland, Kanada, Japan, Italien, Frankreich und Großbritannien) ist ein nicht legitimes Gremium. Ihre Politik dient nicht dem (Über-)Leben der Menschheit, sondern den eigenen Profitinteressen. Die G7 diktieren der Welt ihre Standards, halten durch die Schuldenpolitik des IWF viele Staaten in Abhängigkeit und greifen jetzt auch ökonomisch nach der Ukraine. Sie haben mehrere völkerrechtswidrige Angriffskriege geführt, in Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen. Ihre Aufrüstungsvorhaben führen zur Eskalation und machen heute einen (nuklearen) Weltkrieg wahrscheinlicher.

## Kundgebung am Donnerstag, 3. November 2022

Vorkundgebung ab 14.00 Uhr, Hauptkundgebung 16.00—19.00 Uhr, Prinzipalmarkt Münster mit Musik, Kultur und Redebeiträgen

**Willi van Ooyen**, Sprecher Bundesausschuss Friedensratschlag, Frankfurt; **Eugen Drewermann**, Theologe und langjähriger Friedensaktivist, Paderborn; **Maria Buchwitz**, Bundesvorstand pax christi, Münster, **Joachim Schramm**, Landesgeschäftsführer DFG-VK NRW sowie weitere Mitwirkende

Frieden ist nicht alleine die Abwesenheit von Gewalt, Frieden ist die Überwindung der strukturellen Gewalt, also aller gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder kulturellen Strukturen und Bedingungen, die Menschen oder Personengruppen benachteiligen. Dazu zählen alle Formen von Diskriminierung, wie die ungleiche Verteilung von Einkommen und Ressourcen, Bildungschancen und Lebenserwartungen.

Wir stehen für internationale Solidarität und die volle Verwirklichung menschenwürdiger Verhältnisse für ALLE Menschen. Wir sind als fortschrittliche und humanistische Kräfte die Alternative zum Militarismus und zur Demagogie der Rechtsextremen und Nationalisten - in Russland, in der Ukraine, in Deutschland, überall. Wir sind für eine solidarische und kooperative Entwicklung des menschlichen Zusammenlebens und der internationalen Beziehungen als Ziel und Weg, eine Renaissance von Sozialstaatlichkeit weltweit und eine umfassende Demokratisierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Den politischen Vereinnahmungsversuchen durch Rechtsextreme oder Organisationen, die auf den rechten Augen blind sind, treten wir entgegen. Diese Gruppen sind auf der Kundgebung und Demonstration unerwünscht.

Wir sind für internationale Solidarität. Nationalflaggen haben auf unserer Demo nichts zu suchen.

Entsprechend § 6 Abs. 1 VersG sind Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von der Versammlung ausgeschlossen.

Wir bitten alle Teilnehmer\*innen, uns entsprechende Hinweise zu geben und mit unserer Demoleitung zu kooperieren, damit wir das gemeinsame Problem der Unterwanderung sozialer Proteste durch reaktionäre Kräfte solidarisch begegnen.